

Wer wie wir Maschinen, Fassaden, Dächer und Mauern verkleidet, den bringt auch ein Elefant samt Reiter nicht aus der Fassung. Weil wir die unterschiedlichsten Formen, Stärken und Längen aus NE-Metallen und Stahlblech selbst herstellen. Und das bis 6 m lang und 8 mm stark. Komplett bearbeitet vom Bohren bis zum Schutz-Gas-Schweißen.

Wenn Sie also einen Elefanten zu verkleiden haben...

MW Metallwarenfabrik Neustadt GmbH
2430 Neustadt-Industriegebiet
Telefon (04561) 48 84 und 48 85
Telex 261737 mnd

MW Leistung, Technik, neue Ideen.

Dem Leben zuliebe



Ihre Spende auf das Konto

90 90 90

bei allen Banken, der Sparkasse Bonn und beim Postscheckamt Köln

DEUTSCHE KREBSHILFE

REGISTER

BERUFLICHES

Eduard Pestel, 66 (Photo l.), gelernter Maurer, Konstrukteur von Kühlschränken, Mechanik-Professor, Mitglied im Exekutiv-Komitee des „Club of Rome" und seit vier Jahren niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kunst, wird von diesem Amt entbunden. Aber als „Trumpfkarte, auf die man nicht verzichten kann" (Ministerpräsident Ernst Albrecht), wird er dem Kabinett auch ohne Portefeuille weiter angehören. Pestel, für den es sich bei Atomgegnern um Menschen handelt, „die von frühester Kindheit an den Weg zum Neurotiker gegangen sind", und der sich nach Einschätzung von SPD-Abgeordneten im Niedersächsischen Landtag „wirklich wie ein ganz uralter Ordinarius" aufzuführen pflegt, soll laut Albrecht nun „Muße zum Nachdenken" haben und durch den ostfriesischen Rechtsanwalt **Johann-Tönjes Cassens,** 48 (Photo r.), ersetzt werden. Cassens war bislang in der Bremischen Bürgerschaft stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion. 1971 ermöglichte er als CDU-Spitzenkandidat bei der Bremen-Wahl die größte SPD-Mehrheit (55,3 Prozent) aller Zeiten in der Hansestadt. Die „Frankfurter Allgemeine" stufte ihn damals als „sehr photogen" ein, ein CDU-Freund gestand damals vor der Wahl: „Ich bete gegen ihn an."





Charles Beckwith, 52, US-Oberst und Kommandochef jener Spezial-Einheit, deren Versuch, die in Teheran festgehaltenen Mitarbeiter der überfallenen US-Botschaft zu befreien, am 25. April letzten Jahres fehlschlug, hat seinen Abschied eingereicht. Beckwith, der bei dem Kommando acht seiner Leute verloren hatte, war wenig später von der Anti-Terror-Truppe der US-Armee auf einen „langweiligen Schreibtisch-Job" (Beckwith) versetzt worden. „Ich brauche Herausforderungen, und ich habe keine", meinte der Vietnam-Veteran in der „New York Post". Über seine berufliche Zukunft ist sich Beckwith noch nicht im klaren: „Ich bin sehr frustriert."

Herbert Sulzbach, 87, Mitglied der deutschen Botschaft in London, ist am vergangenen Donnerstag aus dem aktiven Dienst ausgeschieden. Sulzbach, 1894 als Sohn einer jüdischen Bankiersfamilie in Frankfurt am Main geboren und während des Nazi-Regimes nach England emigriert, hatte ab 1940 in der britischen Armee gedient und war dann von den Engländern als „Education Officer" in deutschen Kriegsgefangenenlagern eingesetzt worden. Nach Kriegsende trat Sulzbach — inzwischen britischer Staatsangehöriger — auf Bitten des Bonner Kanzleramtes in die Dienste der deutschen diplomatischen Mission in London. Dort wurde er, der keinen diplomatischen Rang bekleidete, zu einer Institution: Dem Kultur-Attaché zugeordnet, machte er deutsche Reisegruppen mit Großbritannien vertraut und erklärte den Briten Deutschland. Seit 1952 war er wieder im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft, 1971 wurde Sulzbach mit dem Großen Verdienstkreuz der Bundesrepublik ausgezeichnet.

URTEIL

Spiro Agnew, 62, ehemaliger US-Vizepräsident, der im Oktober 1973 nach vierjähriger Amtszeit wegen Steuerhinterziehung zurücktreten mußte, wurde jetzt verurteilt, 147 500 Dollar, die er als Schmiergelder erhalten hatte, an den US-Bundesstaat Maryland zu zahlen. Daneben berechnete das Gericht Agnew 101 235 Dollar Zinsen. Die Bestechungssumme hatte er während seiner Amtszeit als Maryland-Gouverneur von Straßenbaufirmen kassiert. Selbst im Weißen Haus soll er noch Bestechungsgelder angenommen haben. Der Prozeß gegen den Ex-Vizepräsidenten wurde von drei Steuerzahlern des Staates angestrengt. Bereits vor fünf Jahren hatten sie ihre Kampagne begonnen. Bislang hatte Agnew zumindest die Vorwürfe, bestochen worden zu sein, als „falsch, bösartig" und „verdammte Lügen" zurückgewiesen. Wegen Steuerhinterziehung wurde Agnew schon 1973 zu drei Jahren Gefängnis mit Bewährung und 10 000 Dollar Geldbuße verurteilt. Dennoch begründete der Rechtsanwalt seinen Rücktritt in seinen 1980 erschienenen Memoiren anders: Er habe lediglich aus „Angst vor einem vom Weißen Haus geplanten Mordkomplott" sein Amt niedergelegt. Gegen das Bestechungs-Urteil will Agnew Berufung einlegen.